

**Stellungnahme DIE LINKE.Berlin (via Anne Zetsche, schulpolitische Sprecherin der
Linksfraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf) zu den Beschlüssen der
Personalversammlung der allgemein bildenden Schulen in der Region Charlottenburg-
Wilmersdorf am 29.11.2022**

Der LINKEN. Berlin ist bewusst, welchem enormen Druck alle Schulbeschäftigten, aber auch die Schüler:innen durch die extrem angespannte Fachkräftesituation ausgesetzt sind und dass es dringend eine Perspektive für Verbesserungen braucht.

DIE LINKE. Berlin setzt sich deshalb auf verschiedenen Ebenen dafür ein, diese Verbesserungen durchzusetzen. Dabei ist uns klar, dass die Arbeitsbedingungen für Erzieher:innen, Lehrkräfte und weitere an Schule Beschäftigte aktuell oft belastend und von guten Arbeitsbedingungen weit entfernt sind.

Im Folgenden wollen wir zu mehreren der von Ihnen genannten Punkte Stellung nehmen:

Mittelbare pädagogische Arbeit (mpA) für Erzieher*innen

Erzieher*innen sind ein zentraler Pfeiler unseres Bildungssystems und der Berliner Schule. In öffentlichen Debatten werden sie leider viel zu oft vergessen oder nur am Rand berücksichtigt. Wir wollen alle Pädagog*innen im Blick haben.

In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns ganz klar zum Ziel, die mittelbare pädagogische Arbeit für Erzieher:innen insbesondere an Schulen in schwieriger sozialer Lage über die derzeit vereinbarten 4 Stunden hinaus zu erhöhen. Das muss - und das ist uns wichtig! - auch für die Beschäftigten bei Freien Trägern gelten. Außerdem fordern wir in unserem Wahlprogramm für alle Berufsgruppen, die unmittelbar mit Schüler:innen arbeiten, also auch für Erzieher:innen, fest verankerte Teamstunden, die selbstverständlich als mittelbare pädagogische Arbeit anzuerkennen sind. Nur so können wir Teamarbeit an Schule voranbringen und nicht mehr nur von multiprofessionellen Teams sprechen, sondern sie auch mit Leben füllen.

Um den dadurch entstehenden zusätzlichen Personalbedarf zu decken, kämpfen wir nicht nur für eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte, sondern selbstverständlich auch für Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen.

Außerdem brauchen wir deutlich bessere Vertretungsregelungen, analog zu den Regelungen für Lehrkräfte.

Ausgleich für Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder wollen

Als die Rückkehr zur Verbeamtung beschlossen wurde, haben sich die Koalitionsparteien im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Altersgrenze zur Verbeamtung zeitlich begrenzt auf 52 Jahre anzuheben, um so möglichst vielen Lehrkräften die Möglichkeit einer Verbeamtung zu eröffnen. Gleichzeitig sollte es einen Nachteilsausgleich für diejenigen Lehrkräfte geben, die nicht verbeamtet werden können oder wollen. Diese Kompensationsmöglichkeit ist insbesondere auf Drängen der LINKEN Bestandteil des Koalitionsvertrages geworden und wird noch in dieser Woche vom Plenum verabschiedet.

Alle angestellten Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden wollen oder können, erhalten dann in einem ersten Schritt einen finanziellen Nachteilsausgleich. Dieser gilt explizit auch für Funktionsstellen. Die Entgeltgruppen äquivalent zu A11-A15 erhalten monatlich zusätzlich 300 Euro (Angestellte analog A16/mit AT-Vertrag erhalten 250 Euro). Als Koalition haben wir damit den finanziellen Spielraum, der für einen zusätzlichen finanziellen Nachteilsausgleich möglich ist und der durch das Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin beschränkt ist, nahezu maximal ausgereizt. Klar ist aber: Für uns LINKE stellt die monetäre Zulage von 300 EUR monatlich für angestellte Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, nur einen ersten Schritt dar. Sobald es möglich ist, müssen weitere Schritte der Entlastung und Angleichung folgen. Außerdem wollen wir Laufbahnen für weitere Lehrkräftegruppen wie der Lehrkräfte für Fachpraxis, Lehrkräfte unterer Klassen und Pädagogische Unterrichtshilfen wiederöffnen bzw. neu schaffen, um auch ihnen die Verbeamtung bzw. Kompensation zu ermöglichen.

Tarifvertrag Gesundheitsschutz

DIE LINKE. Berlin solidarisiert sich mit den Beschäftigten und unterstützt die Forderung der GEW nach einem Tarifvertrag Gesundheitsschutz, um kleinere Klassen zu verankern. Sie fordert den Finanzsenator auf, mit der GEW in Verhandlungen zu treten, um einen solchen Tarifvertrag abzuschließen. Es ist klar, dass sich die Forderungen nicht von heute auf gleich umsetzen lassen werden, aber es braucht eine klare Perspektive.

Das hat die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berlin Abgeordnetenhaus, Franziska Brychcy, bereits im letzten Jahr öffentlich klar gemacht (<https://www.franziska-brychcy.de/detail/solidaritaet-mit-gew-streik-fuer-kleinere-klassen-klassenfrequenzen-gesetzlich-festschreiben-und-unterstuetzendes-personal-gewinnen/>). Am 20.1.23 hat DIE LINKE. Berlin auch in ihrem Landesvorstand den Unterstützungsbeschluss „Mehr Personal an den Schulen: Solidarität mit den streikenden Lehrkräften“ gefällt (<https://dielinke.berlin/partei/vorstand/beschluesse/detail/lv-beschluss-8-095-23/>).

DIE LINKE. Berlin setzt sich darüber hinaus dafür ein, Höchstgrenzen für die Klassenfrequenz statt wie bisher in den Verordnungen der jeweiligen Schulformen zentral im Schulgesetz zu verankern und dort einen Ausgleichsmechanismus zu vereinbaren. Sollte die Maximalgröße einer Klasse nicht eingehalten werden können, soll den Schulen als Ausgleich zusätzliches unterstützendes Personal zur Verfügung gestellt werden. Klar ist aber, dass eine tarifvertragliche Lösung für uns Vorrang hätte.

Lehrkräfte in Teilzeit

DIE LINKE unterstützt selbstverständlich Ihre Forderung nach einem rechtskonformen Einsatz von Teilzeitkräften sowie nach Fortbildungsangeboten zu Aufgaben und Möglichkeiten von

Gesamtkonferenzen. Unser Anspruch, Schule zu einem Ort gelebter Demokratie zu machen, beschränkt sich nicht auf die Partizipationsmöglichkeiten von Schüler*innen, sondern zielt auf alle an Schule Beteiligten. Möglichkeiten, sich mit den Rechten und Pflichten der verschiedenen schulischen Gremien auseinanderzusetzen, halten wir in diesem Zusammenhang für elementar wichtig und sehen ebenso wie Sie den Arbeitgeber in der Verantwortung, ein entsprechendes Angebot bereit zu stellen. Wir möchten aber auch auf die bereits jetzt bestehenden gewerkschaftlichen Weiterbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich hinweisen.